

Antrag 111/I/2023

ASF LFK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Für eine Geschlechterparität in Außen- und Sicherheitspolitik in der SPD

1 Mit der Entscheidung Boris Pistorius als neuen Verteidigungsminister in sein Kabinett zu berufen hat Bundeskanzler Olaf Scholz ein Jahr nach Amtsübernahme das von ihm gegebene Versprechen, im Bundeskabinett der Bundesregierung **Geschlechterparität** einzuhalten, nicht mehr aufrechterhalten. Diese Zusage der geschlechtlichen Parität jedoch war der Zeit entsprechend und hat ein deutliches Zeichen für eine progressive Sozialdemokratie gesetzt. Den Anspruch der Geschlechtergerechtigkeit erfüllt die SPD in den Bereichen der Außen- und Verteidigungspolitik eindeutig nicht.

12

13 Wir wollen eine zukunftsfähige, mutige Sozialdemokratie und progressive, feministische Außen- und Sicherheitspolitik im Sinne der ausgerufenen Zeitenwende. Eine feministische sozialdemokratische Außenpolitik muss auch mit einer geschlechtergerechten **Personalpolitik nach innen in der Außen- und Sicherheitspolitik** einhergehen. Deshalb rufen wir den Parteivorstand auf, sicherzustellen, dass gerade auch FINTA* (Frauen, Inter Menschen, Nicht-binäre Menschen, Trans Menschen und Agender Menschen), auf allen Ebenen der Politik **gestärkt und repräsentiert** werden: in der Partei, dem Bundeskanzleramt, im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und den anderen Bundesministerien den relevanten Ausschüssen sowie auf den Wahllisten etc.

27

28 Hierfür müssen Instrumente und Strukturen geschaffen werden, FINTA*-Genoss*innen mit außen- und sicherheitspolitischer Expertise für ihre zukünftige Führungsverantwortung zu stärken und zu fördern. Ziel muss eine geschlechtergerechte Besetzung einschlägiger Positionen in Verwaltung und Fraktion für den Aufbau eines entsprechenden öffentlichen Profils, das Überdenken der eigenen Personalpolitik und die Aufnahme in Vertrauensnetzwerke sein. Die politische Absicht, paritätisch besetzte Parlamente auf allen Ebenen zu erreichen, muss mit konkreten, nachhaltigen Schritten umgesetzt werden.

39

40 Die aktuellen Zahlen sind einschlägige Belege für das **Defizit an geschlechtergerechter Besetzung**.

42

43 Beispielhaft seien genannt:

- 44 • Im **Außen- und Verteidigungsausschuss** befinden sich in dieser Legislaturperiode nur 3/13 bzw. 2/11 FINTA* (Frauen, Inter Menschen, Nichtbinäre Menschen, Trans Menschen und Agender Menschen), da-

47

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Mit der Entscheidung Boris Pistorius als neuen Verteidigungsminister in sein Kabinett zu berufen hat Bundeskanzler Olaf Scholz ein Jahr nach Amtsübernahme das von ihm gegebene Versprechen, im Bundeskabinett der Bundesregierung **Geschlechterparität** einzuhalten, nicht mehr aufrechterhalten. Diese Zusage der geschlechtlichen Parität jedoch war der Zeit entsprechend und hat ein deutliches Zeichen für eine progressive Sozialdemokratie gesetzt. **Deshalb begrüßen wir das Bekenntnis des Bundeskanzlers, bei der nächsten Kabinettsumbildung abermals Geschlechterparität herzustellen.**

Wir wollen eine zukunftsfähige, mutige Sozialdemokratie und progressive, feministische Außen- und Sicherheitspolitik im Sinne der ausgerufenen Zeitenwende. Eine feministische sozialdemokratische Außenpolitik muss auch mit einer geschlechtergerechten **Personalpolitik nach innen in der Außen- und Sicherheitspolitik** einhergehen **sowohl in politischen Ämtern als auch in der Verwaltung**. Deshalb bekräftigen wir das Ziel, dass gerade auch FINTA* (Frauen, Inter Menschen, Nicht-binäre Menschen, Trans Menschen und Agender Menschen), auf allen Ebenen der Politik **gestärkt und repräsentiert** werden:

Hierfür müssen Instrumente und Strukturen geschaffen werden, FINTA*-Genoss*innen mit außen- und sicherheitspolitischer Expertise für ihre zukünftige Führungsverantwortung zu stärken und zu fördern. Ziel muss eine geschlechtergerechte Besetzung einschlägiger Positionen in Partei und Fraktion für den Aufbau eines entsprechenden öffentlichen Profils, das Überdenken der eigenen Personalpolitik und **auf parteipolitischer Ebene** die Aufnahme in Vertrauensnetzwerke sein. Die politische Absicht, paritätisch besetzte Parlamente auf allen Ebenen zu erreichen, muss mit konkreten, nachhaltigen Schritten umgesetzt werden.

Die aktuellen Zahlen sind einschlägige Belege für das **Defizit an geschlechtergerechter Besetzung**.

Beispielhaft seien genannt:

- Im **Außen- und Verteidigungsausschuss** befinden sich in dieser Legislaturperiode nur 3/13 bzw. 2/11 FINTA* (Frauen, Inter Menschen, Nichtbinäre Menschen, Trans Menschen und Agender Menschen), davon keine im Juso-Alter. Die Sprecher*innen- und Vorsitzendenposten sind durch Männer besetzt. Im Bundestag ist die große Mehrheit der Fraktionsre-

48 von keine im Juso-Alter. Die Sprecher*innen- und
 49 Vorsitzendenposten sind durch Männer besetzt. Im
 50 Bundestag ist die große Mehrheit der Fraktionsre-
 51 ferent*innen für Außen und Verteidigung männ-
 52 lich. Geschlechtergerechte Repräsentanz muss auch
 53 für international tätige Gremien außerhalb des
 54 Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
 55 Entwicklung (AwZ) und des Bundesministerium für
 56 wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
 57 (BMZ) gelten.

- 58 • Auch im **Europaparlament** ist aus der SPD Europa im
 59 Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET)
 60 das einzige vollwertige Mitglied ein Mann; im Un-
 61 terausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE)
 62 ein Mann das einzige (stellvertretende) Mitglied.
- 63 • Im Bereich der inneren Sicherheit ist die strukturelle
 64 Diskriminierung ebenso ersichtlich: 7 der 8 durch die
 65 SPD gehaltenen Innenministerien der Bundesländer
 66 werden von Männern geführt.
- 67 • Eine paritätische Besetzung der Staatssekretär*in-
 68 nen ist richtig und wichtig. Doch werden im **Bun-**
 69 **deskanzleramt** und im **BMVg** die für die Außen-
 70 und Sicherheitspolitik zuständigen (Unter)abteilun-
 71 gen und Referate (Gruppe 21/23 sowie Abt. Politik)
 72 – auf politischer sowie auf Beamtenebene – aus-
 73 schließlich durch Männer geleitet.
- 74 • Im **WBH** arbeitet seit 2019 keine FINTA* mehr zu in-
 75 ternationaler Politik.

77 **Parteinaher Stiftungen und Vereine** sind in den Feldern der
 78 Außen- und Sicherheitspolitik ebenfalls in den mittleren
 79 und höheren Führungsebenen stark männlich dominiert.

ferent*innen für Außen und Verteidigung männ-
 lich. Geschlechtergerechte Repräsentanz muss auch
 für international tätige Gremien außerhalb des
 Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
 Entwicklung (AwZ) und des Bundesministerium für
 wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
 (BMZ) gelten.

- Auch im **Europaparlament** ist aus der SPD Europa im
 Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET)
 das einzige vollwertige Mitglied ein Mann; im Un-
 terausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE)
 ein Mann das einzige (stellvertretende) Mitglied.
- Im Bereich der inneren Sicherheit ist die strukturelle
 Diskriminierung ebenso ersichtlich: 7 der 8 durch die
 SPD gehaltenen Innenministerien der Bundesländer
 werden von Männern geführt.
- Eine paritätische Besetzung der Staatssekretär*in-
 nen ist richtig und wichtig. Doch werden im **Bun-**
deskanzleramt und im **BMVg** die für die Außen-
 und Sicherheitspolitik zuständigen (Unter)abteilun-
 gen und Referate (Gruppe 21/23 sowie Abt. Politik)
 – auf politischer sowie auf Beamtenebene – aus-
 schließlich durch Männer geleitet.
- Im **WBH** arbeitet seit 2019 keine FINTA* mehr zu in-
 ternationaler Politik.

Parteinaher Stiftungen und Vereine sind in den Feldern der
 Außen- und Sicherheitspolitik ebenfalls in den mittleren
 und höheren Führungsebenen stark männlich dominiert.